

I. Anmeldung

TOP:

Umweltausschuss

Sitzungsdatum 05.05.2015

öffentlich

Betreff:

Verordnung der Stadt Nürnberg über die zeitliche Beschränkung ruhestörender Haus- und Gartenarbeit (Haus- und GartenarbeitsVO – HGArbVO)

hier: Auslaufen der Verordnung am 11.10.2015

Anlagen:

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 09.03.2015

Entscheidungsvorlage

Beschlussvorschlag

Haus- und GartenarbeitsVO - HGArbVO

Bisherige Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Bericht	Abstimmungsergebnis		
			angenommen	abgelehnt	vertagt/verwiesen
		☐	☐	☐	☐
		☐	☐	☐	☐

Sachverhalt (kurz):

Die Bestimmungen der Verordnung der Stadt Nürnberg über die zeitliche Beschränkung ruhestörender Haus- und Gartenarbeit stehen immer wieder im Fokus einer kontrovers geführten öffentlichen Diskussion und sind häufig Gegenstand von Bürgeranfragen. In diesem Zusammenhang zeigt sich das Spannungsfeld zwischen den unterschiedlichen Interessenlagen der jeweils betroffenen Akteure. Die Erfahrungen am Umwelttelefon und auch die Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen der Lärmaktionsplanung zeigen einerseits, dass die allgemeine Verlärmung des täglichen Lebens von den Bürgern zunehmend als Belastung empfunden wird. Andererseits werden die zeitlichen Beschränkungen der HGArbVO als eine nicht mehr zeitgemäße Reglementierung der Privatrechtssphäre grundsätzlich in Frage gestellt.

Vor dem Hintergrund, dass die nunmehr bald 20 Jahre alte Verordnung am 11.10.2015 ausläuft, stellt sich die Frage, ob deren Inhalte und zeitlichen Regelungen angesichts nunmehr ähnlicher staatlicher Regelungen (Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung - 32. BImSchV) zukünftig entbehrlich sind.

Die Verwaltung empfiehlt daher die HGArbVO nicht mehr zu verlängern und Beschwerdesachverhalte künftig nicht auf der Basis kommunaler sondern unter unmittelbarer Anwendung staatlicher Regelungen zum Lärmschutz zu bearbeiten. Zu den entsprechenden Erfahrungen soll dem Umweltausschuss nach einem Jahr wieder berichtet werden.

Beschluss-/Gutachtenvorschlag:

siehe Beilage

1a. Finanzielle Auswirkungen:

☒ **Nein**

☐ **Ja**

☐ **Noch offen, weil**

Kosten:

☐ noch nicht bezifferbar

Gesamtkosten	€	Folgekosten pro Jahr	davon pro Jahr	
davon investiv	€	☐ begrenzter Zeitraum	Sachkosten	€
davon konsumtiv	€	☐ dauerhaft	Personalkosten	€

1b. Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen sind bereitgestellt:

☐ **Nein** Abstimmung mit Stk (siehe Punkt 4) erforderlich

☐ **Ja** Betrag: € Profitcenter / Investitionsauftrag:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

☒ **Nein**

☐ **Ja** im Umfang von Vollkraftstellen (weiter bei 2b)

2b. Deckung vorhanden:

☐ **Nein** Abstimmung mit OrgA (siehe Punkt 4) erforderlich

☐ **Ja** Stellen-Nr.

3a. Prüfung der Genderrelevanz durchgeführt:

☐ **Nein**

☒ **Ja**

3b. Geschlechterrelevante Auswirkungen:

☒ **Nein**

☐ **Ja:**

4. Abstimmung ist erfolgt mit:

☐ **Ref. I / OrgA**

☐ Deckungsvorschlag akzeptiert

☐ keine Stellendeckung vorhanden

☐ Einbringung in das Stellenschaffungsverfahren

☐ **Ref. II / Stk**

☐ Deckungsvorschlag akzeptiert

☐ keine Haushaltsmittel vorhanden

☐ Ein Finanzierungsvorschlag ist noch zu erarbeiten

☒ **RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☐☐☐

II. **Herrn OBM**

III. **Ref.III**

Nürnberg, 14.04.2015

Dr. Pluschke

(2979)